Artikel vom 09.11.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 19:52 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/gaense-knapp-und-teuer

Gänse knapp und teuer



Foto: landpixel

Die Geflügelpest und hohe Produktionskosten werden 2022 den Gänsebraten teurer machen. „Wir rechnen damit, dass es dieses Jahr 25 bis 30 % weniger deutsche Gänse auf dem Markt geben wird. Aufgrund der Geflügelpest mussten allein in diesem Sommer in Niedersachsen 16 000 Mastgänse und in Deutschland insgesamt 40 000 Gänse gekeult werden“, berichtet der Geschäftsführer des Landesverbandes der Niedersächsischen Geflügelwirtschaft (NGW), Dieter Oltmann. Wie das Landvolk Niedersachsen weiter mitteilt, kommen noch erhöhte Kosten für Futtermittel hinzu, sodass laut Experten die Festgans im Hofladen bis zu 35 % mehr kosten wird. Im Großhandel soll der Kilogrammpreis einer gefrorenen deutschen Gans sogar zwischen 50 und 80 % zulegen. Geflügelzüchterin Iris Tapphorn aus Brockdorf schätzt, dass aufgrund des kleinen Gänseangebots und der gestiegenen Futterkosten der Kilogrammpreis für frische Gänse um 3 bis 5 € angehoben wird. „Das reicht aber gerade mal, um die Kosten zu decken. Von einem Gewinn ist dabei noch nicht die Rede“, so die Gänsexpertin. Unbedingt notwendig ist aus ihrer Sicht eine Kennzeichnungspflicht für alle Gänseprodukte. „Der Verbraucher muss auf einem Blick erkennen können, ob er eine osteuropäische Gans aus einer Qualhaltung für das Weihnachtsfest kauft oder eine deutsche, artgerecht gehaltene Weidegans erwirbt“, fordert Tapphorn. Aufgrund der höheren Tierwohlstandards hätten die hiesigen Erzeuger auch erheblich höhere Kosten. Unzufrieden ist sie zudem, dass für gekeulte Elterntiere wegen der Geflügelpest die Tierseuchenkasse nur 50 €

Entschädigung zahlt, obwohl es wegen des tatsächlichen Tierwertes 110 € sein müssten. „Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und alle Tierseuchenkassen sind für die Erhöhung des Entschädigungsbeitrags, aber die drei Koalitionspartner der Bundesregierung haben die Erhöhung bereits mehrfach abgelehnt und wehren jeglichen Austausch von Argumenten oder Informationen ab“, kritisiert Tapphorn.